



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 8,- Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 1,- Mk. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 23. bis 29. Oktober 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 43 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Nr. 42 der „Solidarität“ ist vollständig vergriffen. Die Zahlstellenleiter werden daher gebeten, überzählige Exemplare von dieser Nummer sofort an die Expedition der Verbandszeitung zurückzusenden.

Mitteilungen des Vorstandes

Erfolg der Ortsbeiträge.

- Leipzig. Ab 1. Oktober auf 4 Mt. für alle Mitglieder. Rhehd. Auf 3 Mt.
- M.-Gladbach. Auf 2 Mt. ab 1. Oktober.
- Wanne. Auf 3 Mt. ab 1. Oktober für alle Mitglieder.
- Bad Salsungen. Ab 1. Oktober auf 1 Mt.
- Magdeburg. Für alle Mitglieder auf 5 Mt.
- Wetz. Auf 1 Mt.
- Danzig. In der 1. Klasse auf 2 Mt., in den andern Klassen auf 5 Mt.
- Jüttau. Auf 2 Mt.
- Lübeck. Ab 1. Oktober für alle Mitglieder auf 2 Mt.
- Brandenburg a. H. Ab 44. Beitragswoche für alle Mitglieder auf 3 Mt.

Der Vorstand gibt dazu die Genehmigung. S. A.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Ausschreibung

Für den Bau 1 (Rheinland-Westfalen) wird hiermit der Posten des Gauleiters zur Bewerbung nach § 14 Ziffer 15 des Verbandsstatuts ausgeschrieben. Bewerber resp. Bewerberinnen, die den statutarischen Anforderungen entsprechen, sowie organisatorisch Befähigung besitzen und nachzuweisen in der Lage sind, wollen ihre Bewerbungsschreiben mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis 1. November d. J. an den Vorstand einreichen.

Der Vorstandsvorsitz.

S. A.: E. Bucher, 1. Vorstandsvorsitzender.

Bekanntmachung

An der Bekanntmachung des Tarifamtes vom 8. Oktober befindet sich bei der Wohnaufstellung für verheiratete männliche Hilfsarbeiter von 21 bis 24 Jahren in einem Orte mit 20 Prozent Eckatzuschlag ein Rechenfehler, der durch falsche Umrechnung der Teuerungszulage entstanden ist. Der Gesamtsatz beträgt nicht 8750,20 Mt., sondern 8715,20 Mt. Um diesen Differenzbetrag ist auch in den herausgegebenen Lohnabrechnungen der Gesamtsatz sowohl wie die Teuerungszulage zu kürzen.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

S. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Die Steigerung der Arbeitsleistung und der Achtfundentag

Die unglückliche wirtschaftliche Lage, in die wir durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen hineingeraten sind, zwingt uns, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um aus dem Elend wieder herauszukommen. Wenn wir die ungeheuren Summen begahnen wollen, die uns die Entente diktiert hat, und wenn wir außerdem auch noch die ungeheuren Ausgaben besten wollen, die unser eigenes Land fordert, so müssen wir entweder unseren Bedarf einschränken oder unsere wirtschaftlichen Leistungen steigern. Wie ja auch einem Familienvater, der zu seinen alten Lasten noch neue Lasten hinzubekommen hat, nichts anderes übrigbleibt, als daß er sich und seiner Familie den Hungerleuten noch fester schnallt oder daß er mehr Geld zu verdienen sucht. Ein Drittes gibt es nicht, denn eine veränderte Verteilung der Lasten durch eine höhere Besteuerung der großen Einkommen oder eine Befreiung der großen Vermögen vermag wohl im Innern einen Ausgleich zu schaffen, kann aber keine Vermehrung der Einnahmen und keine Verminderung der Ausgaben herbeiführen. Darum können wir als Gesamtheit nicht aus der Zwangslage heraus.

Eine Einschränkung des Bedarfs, sofern es sich um Massenbedarf handelt, erscheint ungeeignet und nicht ratsam. Wohl läßt sich der Luxus beseitigen, was sehr wünschenswert wäre; wohl könnten verschiedene Bedürfnisse (Alkohol, Tabak usw.) eingeschränkt werden, da bereits heute in weiten Schichten des Proletariats eine Unterernährung deutlich wahrzunehmen ist. Ein Herabdrücken der Lebenshaltung des Proletariats bedeutet eine große Gefahr für die Gesundheit, die Kultur und die Leistungsfähigkeit unseres Volkes, weshalb dieses Mittel ein für allemal auszuschließen. Wir müssen also dazu übergehen, unsere gesamte wirtschaftliche Tätigkeit so einzurichten, daß höhere Erträge herauszuspringen, die natürlich nicht zum Vorteil des Geldbesitzers, sondern zur Förderung des Allgemeinwohls und zur Gesundung unseres Volkstörpers verwendet werden sollen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die man eigentlich kaum zu erwähnen braucht.

Wenn wir die Vorschläge betrachten, die zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungen gemacht werden, so fällt uns auf, daß sie, abgesehen von einer größeren Arbeitsintensität durch eine schärfere Anspannung der Arbeitskraft, im wesentlichen auf eine Verlängerung der Arbeitszeit hinauslaufen. Der Achtfundentag, der den Kapitalisten und ihren Goldknechten von jeder ein Dorn im Auge war, soll besetzt werden, natürlich nur insofern, als es sich um die Massen der „gewöhnlichen Arbeiter“ handelt, denn die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten“, können und wollen sich mit einer weit kürzeren Arbeitszeit behelfen. Aber die Proletarier sollen freiwillig oder gezwungen auf die achtfundentägige Arbeitszeit verzichten und wieder länger arbeiten. Auf jede Art „ucht man dieses Mittel dem deutschen Proletariat schmackhaft zu machen, vergißt aber dabei, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit die Massenarbeitslosigkeit nur vergrößern müßte.

Aber wenn wir auch diesen wichtigen Gesichtspunkt außer acht lassen, so gibt es doch noch genug Gründe, die gegen eine Verlängerung der bestehenden Arbeitszeit sprechen. Zunächst ist es bekannt, daß das deutsche Klassenbewußte Proletariat den Achtfundentag als eine Errungenschaft betrachtet, um die es seit Jahrzehnte gekämpft hat, als ein Symbol, in dem sich der Kampf und der Sieg verkörpert, als ein Selbsttun, das es sich nicht will entziehen lassen. Sollte man wirklich den ersten Schritt zurück machen, den achtfundentägigen Arbeitstag zu beseitigen, so würde sich die deutsche Arbeiterklasse einmütig dagegen erheben, sie würde sich innerlich und äußerlich dagegen zur Wehr setzen und selbst, wenn es gelingen sollte, den äußeren Widerstand zu brechen, so würde doch der innere Widerstand bleiben. Und dieser innere Widerstand würde die beachtliche Steigerung der Arbeitsleistung verhindern, denn kein Mensch kann gezwungen werden, in neun oder vierzehn Stunden mehr Arbeit zu leisten, als vorher in acht Stunden, wenn er nicht will. Ja, es wäre ihm sogar möglich, bei einer verlängerten Arbeitszeit weniger Arbeit zu leisten, wenn er sich innerlich gegen eine Mehrleistung kräutert. Man kann eben die Arbeit nicht nach der Elle messen, eine höhere Arbeitsleistung kann nicht durch Zwang erzielt werden, sie beruht vielmehr auf der Freiwilligkeit, auf der festlichen Anteilnahme an der Arbeit. Die rein mechanische Auffassung der Arbeit, die Verkennung der seelischen und sittlichen Momente im Arbeitsprozeß, wie sie im Kapitalismus in die Erscheinung tritt, läßt keine hohen Arbeitsverträge aufkommen und ist ein Hindernis gesteigerter Wirtschaftlichkeit.

Solange die deutsche Arbeiterkraft um eine Verfrüchtigung der Arbeitszeit mit dem Ziele des Achtfundentages gerungen hat, solange haben die Kapitalisten immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß eine verkürzte Arbeitszeit der Ruin unseres Wirtschaftslebens bedeute. Aber die Erfahrung hat stets das Gegenteil bewiesen, jede Arbeitsfrüchtigung hat eine Steigerung der Arbeitsleistung mit sich gebracht. Die Wölfer mit kurzer Arbeitszeit und hohem Arbeitslohn sind leistungsfähiger und können den Wölfen mit langer Arbeitszeit und niedrigem Arbeitslohn auf dem Weltmarkt erfolgreich Konkurrenz machen. Das ist eine Tatsache, die kein Sachkenner bestreiten wird, die Wahrheit dieser Behauptung wird durch Tausende von Beobachtungen und Versuchen belegt. Eine Verkürzung des Achtfundentages wäre also auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus ein verhängnisvoller Fehler.

Aber wenn eine Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungen eine unabweisbare Notwendigkeit ist und wenn sie durch eine Arbeitsverfrüchtigung nicht erreicht werden kann, so wirkt sich die Frage auf, was wir tun sollen. Glücklicherweise gibt es andere Mittel, um die diesen Zweck zu erreichen. Da ist zunächst die planmäßige Organisierung unseres Wirtschaftslebens, die alle Kräfte zusammenfaßt und auf ein einheitliches Ziel richtet, die jede Kräfteverfrüchtigung und Kräftevergeudung unmöglich macht, die höchste Wirtschaftlichkeit mit größter Sparsamkeit verbindet, da ist ferner die Ausbarmung aller brachliegenden Naturkräfte und Naturkräfte (Wasser, Wind, Dampfkraft usw.) sowie die größtmögliche Entwicklung der

Technik und der Wissenschaft für unser Volksteben. Und da ist endlich die seelische Umgestaltung unseres wirtschaftlichen Organismus, die Einstellung aller Arbeitskräfte auf den eigentlichen Sinn des Arbeitens und Wirtschaftens durch die Sozialisierung und Demokratisierung unserer Wirtschaft. Das ist der wichtigste Punkt.

Wenn wir kapitalistisch wirtschaften, das heißt, des Erwerbs und Gewinns wegen, kann sich in der Arbeiterseele kein Interesse, keine Anteilnahme an seiner Tätigkeit entwickeln, die die Vorbeugung hoher Leistungen ist, erst wenn die kapitalistische Erwerbs- und Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzt worden ist, das heißt, wenn jeder wirtschaftende Mensch die Lieberzeugung hat, daß er nicht mehr für einen Kapitalisten oder eine Kapitalistengruppe arbeitet, entsteht dies so notwendige Interesse. Und wenn dann noch hinzukommt, daß durch die Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie jedem Proletarier die feste Lieberzeugung beigebracht wird, daß er nicht mehr ein willenloses Werkzeug in der Hand eines Unternehmers oder Betriebsleiters ist, sondern daß er das weitgehende Mitbestimmungsrecht hat, so wird auch dies zur Weckung und Stärkung des Interesses an der Arbeit beitragen. Das Interesse an der Arbeit wird die arbeitenden und wirtschaftenden Menschen dazu bringen, daß sie sorgfamer und sparsamer, gewissenhafter und pflichtgetreuer ihre Schuttpflicht tun, daß sie mit den Maschinen, den Anlagen, den Rohstoffen usw. schonend umgehen, daß sie nichts vergeuden, kurz und gut, daß sie so arbeiten und wirtschaften, wie es ein Mensch tut, der sich für eine Sache interessiert.

Wenn es uns gelingt, durch eine innere und äußere Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens in der Richtung zum demokratischen Sozialismus alle Arbeiter und Arbeiterinnen mit Arbeitsfreude und Schaffenslust zu erfüllen, dann brauchen wir keine Verlängerung der Arbeitszeit, die ja ohnehin unwirksam sein würde, denn wird eine Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungen eintreten, die uns aus dem Elend herauszubringen vermag.

Klassenjustiz nach rechts?

Es war eine glatte Selbstverständlichkeit, daß nach den Morden und Attentaten, begangen und gefördert von dem konterrevolutionär-börslich-alldeutschen Gestand, die republikanischen Parteien etwas zum Schutze der Republik unternehmen mußten. So lange schon hatte man durch Duldung hakenkreuzlicher, schwarz-weiß-roter Propaganda mittelbar den mordartigen Ansdmachten Vorschub geleistet. Erleben wir es doch noch heute tagtäglich, daß gegenrevolutionäre Geheimorganisationen nicht nur entdeckt, sondern neu gegründet werden.

Die Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Republik und ihrer Einrichtungen werden als Ausnahmegefetze verschrien. Ganz mit Unrecht. Das Strafrechtsgesetz ist mit seinen Bestimmungen für das monarchische Reich zugeschnitten. Die Republik hatte es — bebauerlicherweise — bisher verfaumt, für sich genügende Schutzbestimmungen gesetzlich festzusetzen. Aber wenn selbst, wir schreiben das mit voller Lieberzeugung, die Republik gezwungenermaßen zu Ausnahmegefetzen ihre Zuflucht nehmen müßte, würden wir diese zurzeit für zweckdienlich erachten.

Die deutsche Arbeiterkraft hat fast ausnahmslos ständig unter Ausnahmegefetzen zu buiden gehabt. War es auch nicht immer de jure, so war es doch de facto! Wir Sozialisten, die wir die zwölf Jahre Schandgefetz erleben, die mit Aufhebung des Gefetzes in der gleichen Weise gezwiebelt wurden, werden uns für Ausnahmegefetze niemals begeben.

Immerhin ist es notwendig, der jüngeren Generation der Arbeiterkraft einmal vorzuführen, wie seit über 40 Jahren die Reaktion, mit und ohne Ausnahmegefetze, die aufwärtsstrebende Arbeiterbewegung unterdrückt hatte.

Nachdem der Blut- und Eisenjunker Otto v. Bismarck einsehen mußte, daß er nicht in der Lage war, die Sozialdemokratie für seine Zwecke einzufangen oder zu bezähnen, legte er alles darauf an, die Arbeiterbewegung lahmzulegen. Ein Zufall kam ihm zu Hilfe.

Am 11. Mai 1878 schoß der Klemperer Max Hödel in Berlin auf den alten Kaiser Wilhelm, ohne ihn zu treffen. Angehörig sollte Hödel Sozialdemokrat sein.

Bismarck telegraphisch sofort aus Friedrichruh: „Ausnahmegefetze gegen die Sozialdemokratie“. Der Reichstag schenkte den Bismarckischen Gefetzen tunc auf. Da frachte, drei Wochen später, am 2. Juni, wieder ein Kintenschnuß hinter den Bänden. Ein Dr. Noblina hatte einen Schrottschuß auf den Kaiser abgeben und ihn schwer verletzt. Schon am 11. Juni beschloß der Bundesrat die Auflösung des Reichstages. Die Neuwahlen zum Reichstag wurden eingeleitet mit der Parole: „Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstag!“ In der Zeit zwischen Auflösung des Reichstages und den Neuwahlen wütete die Reaktion in einer Weise, wie es bis dahin selbst in Rußland unbekannt war.

Wer nur immer ein unbedachtes Wort über die Verwundung des Kaisers äußerte, wurde wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Angeklagt sein bedeutete damals auch verurteilt zu werden. Die Denunziationswut wurde damals so groß, daß sich sogar die Behörden gegen die anonymen Denunziationen wandten.

Bei den Wahlen errang die Sozialdemokratie von 12 inneren Sitzen nur 2, welche durch die Stichwahlen auf 9 erhöht wurden. Sofort nach Beendigung der Stichwahlen wurde der Reichstag berufen und ihm ein Ausnahmengesetz unter dem Titel: „Gesetz gegen die gemeinlichlichen Verbrechen der Sozialdemokratie“ unterbreitet und von ihm beschlossen.

Als die Attentate von Hödel und Nobiling gaben Veranlassung zu einem Gesetz gegen die Sozialdemokratie! Waren denn nun die beiden Attentäter Sozialdemokraten? Keineswegs! Hödel, der in Attentat vielleicht ernst gemeint war, es sprechen aber viel mehr Gründe dafür, daß der Attentäter seiner Majestät des Deutschen Kaisers, wie er sich selbst nannte, im Kaisertraktamentum gehandelt hatte, war kein Sozialdemokrat. Wohl gehörte er eine kurze Zeit der Leipziger Parteioffiziation an, war aber wegen Unverlässlichkeiten ausgeschlossen. Zur Zeit seines Attentats gehörte er zu den Berliner Antikommunisten Söckerscher Richtung. Dr. Nobiling, wenn er politisch zu rangieren wäre, müßte den nationalliberalen Sozialistenreihen zugerechnet werden. Mit der Sozialdemokratie hatte er keinerlei Verbindung. Hödel war durch und durch ein Trottel, idiotisch vorurteilhaft, in Nobilings Familie war der Träufeln erblich. Beide waren total suppositiv. Es fehlt hier der Raum, um alle Umstände aufzuführen, daß die Attentate sowohl wie die Attentäter mit der Sozialdemokratie in gar keinen Zusammenhang zu bringen sind. Und trotzdem das Gesetz gegen die Sozialdemokratie!

Bismarck hatte gut operieren. Die Krankjunker nebst Anhang hatte er von vornherein auf seiner Seite. Dem Unternehmertum und der Großindustrie, trotz ihrer Gegnerschaft gegen Bismarck, kam der Schlag gegen die Arbeiterklasse außerordentlich hoch. Das honeste Spießbürgertum, welches sich zur Fortschrittspartei bekannte, war vom Volkseifer befangen. Bismarck triumphierte. Zwar wurde bei der Beschlußfassung des Gesetzes verlangt und versprochen, daß die Strafbestimmungen loyal gehandhabt werden sollen. Aber wie kam es!

Sofort nach Verkündung des Gesetzes wurden die sozialdemokratischen Zeitungen und Schriften verboten. Nach wenigen Wochen erfolgte die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und später über eine Reihe anderer Städte. Zeitungsverbote, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Berufsverluste, Ausweisungen erfolgten. Schlag auf Schlag. Die Partei hatte für eine große Zahl Opfer zu sorgen und waren ihr zunächst fast alle Fäden zerrissen worden. Was zu dieser Zeit an Opfermüt verlangt und gefordert wurde, davon können sich die Jüngeren kein Bild machen. In den zwölf Jahren des Schandgeschäftes haben Polizei, Staatsanwalt und Gerichte (mit ganz geringen Ausnahmen) mit einer Willkür gewirkt, wie sie bis dahin unbefannt und unerhört war. Im selben Sinne wüteten die Unternehmer. Veranlaßt durch Polizei und Behörden, wurden alle Arbeiter, welche mit der Sozialdemokratie in irgendeiner Zusammenhänge zu bringen waren, unarmherzig auf Hölzer gemorren.

Innerhalb von 10 Jahren wurden gegen 900. zum größten Teil verheiratete Genossen, ausgewiesen. Periodische Druckschriften wurden verboten; inländische 104, ausländische 51 (nicht mitgezählt die Eingekammern). Nichtperiodische Druckschriften wurden verboten 1067. Sämtliche Gewerkschaften bis auf eine wurden verboten. Insgesamt 332 gewerkschaftliche, politische, Unterstüßungs- und Bergrnigungsvereine.

Ueber tausend Jahre Gefängnis sind auf Grund des rufschädigen Gesetzes verhängt worden. Nach Zehntausenden wurden in Mitteldeutschland gezeugenen Frauen und Kinder der Ausgewiesenen und Gefangenen.

Und der Erfolg des Gesetzes? Die Sozialdemokratie wuchs und wuchs, wurde größer und größer. Von Wahl zu Wahl schwoollen die Stimmen an, vermehrten sich die Sitze in den Parlamenten. Trotz alledem! Nach der Reichstagswahl 1890, welche für die Sozialdemokratie einen sensationellen Zuwachs brachte, mußte Bismarck gehen. Mit ihm am 1. Oktober 1890 das Sozialistengesetz schändlichen Abendgenossen. —

Wilhelm II. verurteilte es mit der sogenannten kaiserlichen Hofschaff. Er prägte damals das Wort: Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung. Die Sozialdemokratie überleben Sie mir! (Wo ist Wilhelm und wo die Sozialdemokratie? D. W.) Nun, auch er hat sich verrechnet. Was Bismarck nicht gelunnen war, der doch bei aller Brutalität ein überlegener Kopf war, konnte diesem Schwächer verdammt nicht gelingen. Mit dem Einlangen der sozialistischen Arbeiterklasse war es nichts und die weitere Folge war, daß die Polizeiwilktür wieder in die Hölle schloß. Mit ihr die ausgeprägte Klassenjustiz, wie sie ärer auch richter unter dem Sozialistengesetz geübt wurde. Man kann sogar zu der Auffassung kommen, daß ohne Ausnahmengesetz die Strafen noch härter ausfielen als mit ihm.

Nach dem Erfurter Parteitag 1891 trennten sich die „Anabhängigen Sozialisten“ von der Partei. Von diesen wiederum die Anarchisten. Von den ersteren ist heute nichts von den Anarchisten nur ein nicht in Erscheinung tretender Rest vorhanden. Polizei und Gerichte wüteten gegen diese Gruppen in steter Art und Weise wie bislang gegen die Anhängigen der Sozialdemokratie. Gerade dieselben Mittel wie unter dem Ausnahmengesetz, nämlich Spitzel, Agenten provocateurs, Ausweisungen, Beeinflussung von Gerichten, Behörden, Arbeitgebern usw. usw. wurden angewendet, Gefängnis- und Zuchthausstrafen in ungeheurer Höhe verhängt.

Eine kleine Aufstellung sei hier gegeben: Der Medaillier Schäume widerlegte sich seiner Verhöhnung und verurteilte einen Kriminalbeamten durch einen Streichhieb. (1894.) Zwölf Jahre Zuchthaus. Bei der gleichen Gelegenheit schlug der Mechaniker Dr. mit einem Schirm auf einen Beamten: 5 Jahre Gefängnis.

*) Der Verfasser der Broschüre „Nach zehn Jahren“ (A. Kier) schrieb im Jahre 1889 die prophetischen Worte: „Die tausend Jahre werden ihre Sühne finden!“ Sie haben sie gefunden.

Wilhelm Liebknecht, wegen der Eröffnungsrede zum Breslauer Parteitag 1895 wegen Majestätsbeleidigung vier Monate Gefängnis. Das Urteil erkennt an, daß der Angeklagte die Absicht hatte, keine Beleidigung auszusprechen und daß auch eine Beleidigung nicht ausgesprochen sei. Aber im Saale konnten Personen anwesend sein, die in den fraglichen Worten etwas Beleidigendes erblickten usw. (Notus eventualis! Der Verstand könnte einem stehen bleiben!)

Der Erfurter Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen (1895). Verhängt wurden 18½ Jahre Zuchthaus und ein halbes Jahr Gefängnis. Der Hauptbelastungszeuge wurde ein Dugend Jahre später des Meineids überführt und die Beurteilten, soweit sie noch lebten, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Die neunzehn Jahre Kerker haben sie aber aus ihrem Leben streichen müssen.

Die Böhmer Bauarbeiter wegen Verprügelung des Unternehmers zehn Jahre Zuchthaus.

Hunderterte und Tausende Einzelfälle wären aufzuführen, wo die Gerichte gegen Sozialisten und Gewerkschaften in ausgeschiedener Weise Klassenjustiz geübt haben.

Warum wir das hier schreiben? Keineswegs, weil wir um den Bestand der Republik bangen! Die Arbeiterklasse, die Sozialisten, die Gewerkschaftsmitglieder aber sollen überzeugt werden, daß die Maßnahmen zum Schutze der Republik unbedingt und zwingendes Erfordernis sind. Die sich täglich mehrenden Waffenauffindungen beweisen, die Geheimorganisationen bestreiten, um das Hakenkreuzer am Werke sind. Sich dieser Gesellschaft gegenüber in differenz verhalten, heißt ihnen Vorlauf leisten. Arbeiter! Laßt euch nicht düpiieren bei der Bezeichnung Ausnahmengesetz. Als gegen die Arbeiter das Ausnahmengesetz erlassen wurde, sind vorher keine Auforderungen zu Attentaten erfolgt. Wo später, innerhalb der zwölf Jahre, zu Gewalttätigkeiten aufgefördert wurde, hatte meistens die Polizei ihre Hand im Spiele.

Die nationalpolitischen Umdeutungen haben wahrlich keine Ursache, sich über die Unblutigkeit der Republik zu beschweren. Sie konnten schreiben und reden, was und so wie sie wollten. Und sie haben geschrieben, haben geredet, haben Mord und Bürgerkrieg gepredigt. Nichts ist ihnen geschehen. Noch heute, im vierten Jahre des Bestehens der Republik, genießt sie bei vielen Gerichten größeren Schutz als die Arbeiterklasse. Erst als ihren offenen und geheimen Mordparolen auch die Taten folgten, erst als Erzberger gemeuchelt, Scheidemann nur durch Zufall dem tödlichen Mord entging und bis jetzt als Lechter Rathenau den Mordhieben als Opfer fiel, hat sich die Republik zum Kampfe gegen dieses Mordgeheimel aufgerafft.

Es muß der Kampf gegen die intellektuellen Urheber der Morddeuse aufgenommen werden. Mit aller Rücksichtslosigkeit, ohne Gefühlsdulde! Die nationalpolitische Bestbeute muß mit stöhendem Eisen ausgearbeitet werden, auf daß der Volkstörper gesunde. Arbeiter Deutschlands! Schämert in euch hinein den heiligen Zorn, den festen Willen, die Republik zu schützen mit allen, aber auch allen Mitteln. Seit 75 Jahren haben die besten Deutschen für die Republik aeupfirt, gesritten und gekämpft für die Republik. Das Erb von Jahre 1848 haben wir angetreten, es muß erhalten, gesichert werden.

Wer der Sozialismus will, muß die Republik haben, ohne Republik kein Sozialismus!

Gedenket der tausend Jahre Gefängnis unter dem Sozialistengesetz!

Ferientengewährung

Begunnehmend auf einen Artikel in Nr. 34 der „Solidarität“, in dem Kollene Schulze-Leipzig für Uebertragung des § 11 des Schriftleiterartaris in unseren Tarif eintritt, ist zu bemerken, daß die in dem Artikel angeführte Begründung reiflos zutrifft. Jeder Kollege und jede Kollegin, soweit sie sich schon einmal mit dem Gedanken tragen, ihre Stelle zu wechseln, werden es zugeben müssen. Aber so begründenswert wie die Auerung erscheint, muß ich doch befürchten, daß sie an dem überaus großen sozialen Empfinden unserer Herren Buchverdringipale scheitern wird. Wenigstens bis heute brauchen wir uns als Hilfsarbeiter noch nicht zu bekümmern, daß man uns besonders entgegengekommen wäre. Immer wurde versucht, gerade bei den minder Entlohnenden Wktliche zu machen und zu sparen. So in der Entlohnung wie auch in der Ferienfrage; verschiedene Fälle sind zu vergleichen, wo die Betroffenen ihre wohl begründeten Rechte noch extra auslagen mußten.

Auch ich bin der Ansicht, daß die dem Arbeiter gestattete Erholung in erster Linie doch dem Prinzipale wieder zuzute kommt. Bei den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, wo der Arbeiter infolge der enormen Teuerung bedeutend geringer leben muß als vor dem Kriege, ist eine Auermaße eine unbedingte Notwendigkeit.

Wenn nun schon zu beachten war, daß den Wünschen der Hilfsarbeiter recht wenig Rechnung getragen wurde, so wird gerade dieser Punkt die Unternehmer auf den Plan rufen, obwohl ein Ausgleich ganz gut denkbar ist. Mit Gewährung von Ferien nach der Dauer der Tätigkeit im Berufe könnte sich meines Erachtens jeder Prinzipal abfinden, besteht doch damit die Möglichkeit für ihn, jederzeit vollwertigen Ersatz in seinen Betrieb zu bekommen, sofern er sonst kein Anrufer ist. Der Versuch, daß wir uns den § 11 vom Schriftleiterartaris nutzbar machen, kann jedoch ruhig unternommen werden im Interesse der Gesamtlosgenschaft.

Noch ein weiteres möchte ich nicht unerwähnt lassen. Die prozentuale Staffelung der Löhne wirkt sich auch in den Ferien aus, wie sie jetzt im Reichsartaris festgesetzt sind. Damit sich das bewirkt läßt, weiß ich nur nicht recht zu denken, denn die Sachen sind doch so, der Hilfsarbeiter ist infolge seiner geringeren Lebenshaltung der Erholung fast noch mehr bedürftig als der in etwas besseren Verhältnissen lebende Gehilfe. Ich möchte deshalb die Forderung aufstellen, bei der nächsten Tarifverhandlung die Unterschiede in den Ferien noch Möglichkeit auszumengen. Man finde eine Regelung, welche, nach der Dauer der Berufstätigkeit berechnet, jedem Arbeiter bzw. jeder Arbeiterin die ihr notwendige Erholung gewährleistet. D. A., Leipzig.

2. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Zu dieser vom 28. September bis zum 1. Oktober dauernden zweiten Sitzung der zweiten Geschäftsjahre waren außer den Verbandsvorsitzenden auch Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationen geladen und erschienen.

Der Bundesvorsitzende Leipart eröffnete die Sitzung mit dem Ausdruck der Freude und Genugtuung darüber, daß es zu einer Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien gekommen ist und erstattete sodann eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Was zur Bänderung der Not erreicht werden konnte, habe alle nicht befriedigt. Die Kommunisten benutzen die Notlage des deutschen Volkes zur Förderung ihrer Parteizwecke. Dazu solle auch der von ihnen vorbereitete Reichsbeiratsrat beizugehen. Da es nicht möglich war, in kurzer Zeit eine Ausschusssitzung einzuberufen, so zu diesem hätte Stellung nehmen können, habe der Vorstand eine Besprechung der in Berlin anässigen Verbandsvorsitzenden einberufen. Von dieser Sitzung sei in der kommunistischen Presse ein entstellter Bericht erschienen. Gegen diesen letzte Leipart Berwahrung ein. In betref des Stimmensabkommens stellte Redner von neuem fest, daß der Bundesvorstand erst durch die Presse davon Kenntnis erhalten habe und ging auf seine Vorgeschichte ein. Ferner behandelte er noch den Aufbauschlag des Verbandes sozialer Baubetriebe. Durch dessen Beilegung am Wiederaufbau sei auch eine gewisse Kontrolle der kapitalistischen Lieferungsgefchäfte und besonders der dabei erzielten Gewinne möglich. Leipart behandelte unter anderem noch kurz das Ueberflächigenabkommen im Bergbau und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Ueber die Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bänderung der Teuerung berichtete im besonderen Genosse Großmann in ausführlicher Weise, wobei er die Wirtschaftslage eingehend behandelte und besonders betonte, daß die gewerkschaftlichen Spitzenverbände früher aufgefunden wären, um zur neuesten Verbschärfung der Notlage Stellung zu nehmen als ihre verschiedenen Kritiker. Redner ging sodann ausführlich auf die (schon früher veröffentlichten) Vorschläge ein. Ein Teil der Maßnahmen zur Besteuerung der Ausfuhr werde leider erschwert durch eigene Gewerkschaftsgenossen, besonders durch Betriebsräte, die sich von Unternehmern breifschlagen lassen. Wie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteitage zeigt, sind die früher getrennten und jetzt wieder vereinigten Parteien mit den Vorschlägen der Gewerkschaften einverstanden. Ebenfalls wurde mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und Niederpreisen genommen. Auch über die Rückkehr zu bedingter Zwangswirtschaft wurde mit dem Ernährungsminister und dem Reichsanwalt verhandelt. Es sei indessen zu befürchten, daß die geistige Einstellung dafür nicht vorhanden sei. Auch bestehe bei den Vertretern der christlichen Gewerkschaften keine Neigung, so weit zu gehen. Unter anderem schilderte Redner die Schwierigkeiten der Bucherbestämpfung. Es sei nicht zu umgehen, daß auch Gewerkschaftsangehörige schädigt werden, die solchen Industrien angehören, die durch die geforderten Maßnahmen betroffen werden. Die Not der Allgemeinheit sei jedoch so groß, daß sich dies nicht vermeiden lasse. Möglichenfalls müßten die geschädigten Arbeiter aus Reichsmitteln unterstützt werden.

Weitere brauchbare Vorschläge seien bisher nicht zu erlangen gewesen, soweit es sich eben um durchführbare Vorschläge und nicht um Phrasen handle. Die Durchführung der Vorschläge hätte im günstigsten Falle eine Verminderung der schlimmsten Not zur Folge. Auch kein Betriebsrätekonferenz könne einen derartigen Ausweg zeigen. Auch die Uebernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse könne nichts Wesentliches an unserm Verhältnis zum Auslande ändern. Zunächst müsse versucht werden, mit Lohnforderungen der Berteuerung der Lebenshaltung soweit wie möglich nachzukommen. Dies zwinge dazu, die bisherige Preispolitik zum Teil zu verlassen. Den Sozialistern usw. seien Zusätze zu gewähren. Vor allen Dingen sei alles zu tun, was dazu beiträgt, im Auslande die geistige Atmosphäre zu schaffen, die weitere Zwangsmassnahmen gegen Deutschland unmöglich macht. Voraussetzungen dazu sei das Aufheben der Zwangsanteile unter der deutschen Arbeiterklasse. Selbst das von uns Geforderte werde verlagert, wenn der Druck einer dahinter stehenden einigen Masse verlaßt.

In diesen Berichter schloß sich eine einmütige, sehr gründliche und sachliche Aussprache, an der sich nicht weniger als 25 Redner beteiligten, darunter auch mehrere Vertreter der Landesorganisationen. In der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen des ADGB, gannen die Meinungen natürlich auseinander; besonders hatten die Vertreter der Berufe, deren Angehörige durch die geforderten Maßnahmen in ihren Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt werden, an Einzelheiten Ausstellungen zu machen. Diese Ausführungen erweckten Widerspruch bei anderen Rednern, wobei jedoch betont wurde, daß die geschädigten Arbeiter nicht schuldig gelassen werden dürfen. Am übrigen wurden so ziemlich alle Seiten des Wirtschaftslebens beleuchtet. Es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem Achtundzestig drohen. Auch die Festhaltung der Preise und Löhne in Goldwert, die allerdings noch nicht dazu führen würde, daß die Löhne auf den Stand der Vorkriegszeit, geladeweise denn auf den gleichen Stand mit den Löhnen im Ausland zu setzen kämen. Weiter fehlte es nicht an scharfer Kritik an den Maßnahmen, die bisher zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft getroffen worden sind. Es mußte jedoch auch anerkannt werden, daß das heutige Gemd zum überwiegenderen Teile auf Ursachen beruht, die jenseits des Einflusses der Gewerkschaften stehen. Verschiedene Redner haben die Notwendigkeit hervor, daß noch weitere Kostwärtiger herangezogen werden müßten, um dem Bundesvorstand bei der Beurteilung der Wirtschaftslage zur Seite zu stehen.

Einige Vertreter der Landesorganisationen hoben unter anderem hervor, daß es dem von den Kommunisten geforderten Reichsbeiratsratkonferenz gar nicht möglich sei, die Aufgaben zu erfüllen, die er nach den Anrufen der kommunistischen Presse erfüllen soll. Auch wüßten sie Mittelmann zu machen, wie stellenweise die Forderung nach einem solchen Kongress zustande kam.

Wie Großmann in seinem Schlußwort hervorhoben konnte, machte sich im Ausschusse eine grundsätzliche gegen-

stimmte gegen die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Grohmann betonte nochmals die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes, alle Vorschläge zu prüfen und, soweit die Möglichkeit der Durchführung besteht, sie zur Ausführung zu bringen. Der Glaube der Massen an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein natürliches Maß zurückgeführt werden. Mit Leuten, denen es gar nicht daran liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern nur politische Ziele zu verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unmöglich. Was könne ein kommunistischer Betriebsrätekonferenz zum? Resolutionen fassen, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen und den Gewerkschaften den Speisepfennig zur Verwirklichung übergeben. Mit gerader und ehrlicher Politik würden die Gewerkschaften auch den Massen gegenüber bestehen können und vor allen Dingen, wenn sie der Arbeiterchaft die Frage vorhalten: Wie sähe es denn aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Vorländer der Beipart konnte feststellen, daß der Ausschuss keine Einwendungen gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum Stinnes-Abkommen und zu den Bestrebungen erhoben habe, die deutsche Sprache beim Internationalen Arbeitsamt als Amtssprache einzuführen und daß, wenn dies wiederum abgelehnt werde, zu erklären sei, daß durch diese Ablehnung das Interesse des I.A.B. an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes stark herabgemindert werde. In betreff der Gewerkschaftlichen Beamtzentrale hätten die beteiligten Verbände sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein vertragsmäßiges Zusammenarbeiten zu knüpfen seien, sich dem neuen Beamtentum mit ihren Beamtensmitgliedern anzuschließen. Die Verbände würden abseits mit diesem Teil ihrer Mitglieder aus dem I.A.B. auscheiden. Dann entfällt natürlich die Notwendigkeit, die Gewerkschaftliche Beamtzentrale noch weiter aufrechtzuerhalten. Der Ausschuss ermächtigte daraufhin den Bundesvorstand, die Aufhebung der Gewerkschaftlichen Beamtzentrale auszusprechen. Wenn ferner die von den in Frage kommenden Verbänden zu stellenden Bedingungen für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtentum erfüllt sind, so soll der Bundesvorstand ebenfalls ermächtigt sein, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtentum in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund einen Organisationsvertrag abzuschließen, der alle drei Spitzenorganisationen umfaßt.

Aus unserer Bewegung im Stein- und Buchdruckgewerbe

Berlin.
Am 10. Oktober verhandelten die Vertreter der Berliner Ortsverwaltung mit den Unternehmern im Stein- und Buchdruckgewerbe wegen Bewilligung neuer Zulagen. Die Verhandlungen führten zu nachstehendem Ergebnis.

Am 7. Oktober (erstmalig zahlbar am 13. Oktober) erhalten in monatliche Hilfsarbeiter über 24 Jahre eine wöchentliche Zulage von 850 Mt., Hilfsarbeiter von 21 bis 24 Jahren 780 Mt., von 18 bis 21 Jahren 700 Mt. Zu diesen Zulagen kommt ab 21. Oktober eine wöchentliche Lohnserhöhung von 400 Mt., 320 Mt. und 300 Mt.
Für Anlegerinnen und Bogenfängerinnen beträgt die Zulage der ersten Rate 525 Mt., für andere Hilfsarbeiterinnen 450 Mt. Ab 21. Oktober kommen dazu 275 Mt. und 225 Mt. Auch die Zulagen für jugendliche Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen vom 14. Jahre ab, sind bei den Verhandlungen genau festgelegt worden.

Die Vereinbarungen gelten bis 3. November.

Bielefeld.
Die Verhandlungen mit der Firma Fröh Eilers jun. (Wt. Gussfabrik) führten am 13. Oktober zu nachstehendem Ergebnis.

Der Wochenlohn der Arbeiter beträgt ab

	1. Oktober	16. Oktober
im 15. Jahre	950,- Mt.	1325,- Mt.
" 16. "	1260,- "	1765,- "
" 17. "	1595,- "	2225,- "
von 17 bis 19 Jahren	2185,- "	3070,- "
" 19 " 21 "	2365,- "	3310,- "
" 21 " 24 " (ledig)	2550,- "	3560,- "
" 21 " 24 " (verh.)	2705,- "	3760,- "
über 24 Jahre (ledig)	2825,- "	3900,- "
über 24 Jahre (verheiratet)	3090,- "	4210,- "

Für Arbeiterinnen:

im 15. Jahre	795,- "	1110,- "
" 16. "	1105,- "	1545,- "
" 17. "	1285,- "	1790,- "
von 17 bis 21 Jahren	1690,- "	2350,- "
über 21 Jahre	1790,- "	2450,- "

Verheiratete erhalten wöchentlich 10 Mt. mehr. Für Affordarbeiterinnen wurden die neuen Affordsätze auf der Grundlage von 1950,- Mt. ab 1. Oktober und 26,10 Mt. ab 16. Oktober wöchentlich festgelegt.

Das Abkommen gilt bis 28. Oktober einschließlich.

Dresden.
Durch Verhandlung mit der Prinzipalsorganisation wurde dem Stein- und Buchdruckereihilfspersonal eine laufende Ausgleichszulage auf die bestehenden Löhne, zahlbar ab 25. September, in folgender Höhe bewilligt:

Hilfsarbeiter bis 16 Jahre 25 Mt., bis 20 Jahre 100 Mt., über 20 Jahre 200 Mt., Hilfsarbeiterinnen bis 16 Jahre 15 Mt., bis 18 Jahre 25 Mt., über 18 Jahre 45 Mt., Anlegerinnen und Bogenfängerinnen je 50 Mt.
Bemerkenswert war die Haltung der Kollegschaft. Die Arbeitgeber verlangten die Verhandlung hinauszuschieben. Eine neue Eingabe mit gefesteter Frist wurde wieder ausbleibend beantwortet. Die Aufregung der Kollegschaft über ein solches kurzfristiges Verhalten der Prinzipale war begründlich und mußte in irgendeiner Form zum Ausdruck kommen. Die zur Sitzung verammelten Vertrauenspersonen und ein großer Teil der Belegschaften formierten sich spontan zu einer Demonstration vor dem Sitzungssaal der Prinzipale und ermöglichten durch ihren hierdurch augenscheinlich zum Ausdruck gebrachten Willen, daß sofort eine bis zur Nachtstunden sich hinsichtlich der Verhandlung stattdessen, die oben angegebenen Resultate zeigten. Nur Geschlossenheit, gepaart mit dem Vertrauen auf die Kraft der Organisation bringt Erfolge zustande.

München.

Neue Zulagenzulagen ab 7. bis 21. Oktober und bis 3. November 1922.

Steinschleifer u. Hilfsarb. bis 21 J.	810,-	ab 21. Okt.	324,-	Mt.
bis 24 Jahre	855,-		342,-	"
über 24 Jahre	900,-		360,-	"
Werkwertige Steinschleifer	1000,-		400,-	"
Eingelegenen u. Bogenfängerinnen	600,-		240,-	"
Drittmaßchen	550,-		220,-	"
Hilfsarbeiterinnen	500,-		200,-	"
Hilfsarb. u. Arbeiterinnen unv. 18 J.	400,-		160,-	"
Drittmaßchen unter 18 Jahren	450,-		180,-	"

Nürnberg-Fürth.

Es erhalten an neuer Zulage:

	ab 7. Oktober	ab 21. Okt.	ab 21. Okt.	ab 21. Okt.
Hilfsarbeiter von 16-18 Jahren	500	750	320	320
" " 18-21 "	700	850	350	350
" " 21-24 "	800	950	400	400
" " über 24 "	900	950	400	400
Anlegerinnen, Fängerinnen und Makulaturzählerinnen ab 7. Oktober 500 Mt.; ab 21. Oktober 300 Mt.				

Golbauarbeiterinnen vom 1. 10. ab 21. 10. ab 7. 10. ab 21. 10.

von 16-18 Jahren	400	250	400	250
" 18-21 "	450	270	450	250
" über 21 "	500	300	500	250

Jugendliche unter 16 Jahren, soweit sie nicht an der Maschine oder als Golbauarbeiterinnen tätig sind: ab 7. Oktober 200 Mt., ab 21. Oktober 150 Mt.
Die Abmachungen gelten bis 3. November.

Fürth.

Die neuen Zulagen für die Orte Altenburg, Gotha und Zeitz im Stein- und Buchdruckgewerbe:

	ab 7. 10.	ab 21. 10.	ab 21. 10.
für Steinschleifer, verh., über 24 Jahre	4028	4408	
" ledig, " 24 "	3864	4216	
" Hilfsarbeiter, verh., " 24 "	3952	4318	
" ledig, " 24 "	3738	4008	
" verh., 21-24 Jahre	3328	3858	
" ledig, 21-24 "	3264	3508	
" 19-21 Jahre	2970	3246	
" 17-19 "	2698	2946	
" 15-17 "	2037	2237	
" im 15. Lebensjahre	1282	1327	
" Anlegerinnen, Offset und Notary in Stein- u. Buchdr.	2337	2556	
" Auslegerinnen über 18 Jahre	2226	2476	
" unter 18 Jahren	2008	2198	
" Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre	2150	2340	
" " von 18-20 Jahren	2014	2195	
" " 16-18 "	1711	1863	
" " 14-16 "	1184	1229	

Für Gera:

für Steinschleifer, verh., über 24 Jahre	4054	4420
" ledig, " 24 "	4003	4389
" Hilfsarbeiter, verh., " 24 "	3919	4266
" ledig, " 24 "	3846	4231
" verh., 21-24 Jahre	3484	3792
" ledig, 21-24 "	3387	3645
" 19-21 Jahre	2989	3259
" 17-19 "	2693	3124
" 15-17 "	2104	2297
" im 15. Lebensjahre	1800	1436
" Anlegerinnen, Offset und Notary in Stein- u. Buchdr.	2348	2560
" Auslegerinnen über 18 Jahre	2199	2392
" unter 18 Jahren	2041	2234
" Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre	2188	2376
" " von 18-20 Jahren	1850	2024
" " 16-18 "	1595	1749
" " 14-16 "	1162	1278

Aus unferen Zählstellen

Berlin. Mitgliederversammlung vom 4. Oktober 1922.
Nachdem Kollege Glöck auf das freudige Ereignis der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien hingewiesen hatte, das im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung sowohl als auch der Gewerkschaftsbewegung im besonderen auf das lebhafteste zu begrüßen sei, berichtete Kollege G. Grohmann über die Münchener Konferenz.

Die neue Beitragsfestsetzung ist inwieweit durch die „Solidarität“ veröffentlicht worden. Auf der Konferenz zeigte sich, daß die auswärtigen Kollegen in der Beitragsfrage eine größere Opferwilligkeit bewiesen, als sie in Berlin zutage tritt. Fest steht, daß andere Organisationen bereits weit höhere Beiträge erheben, und wir dem Beschluß des graphischen Bundes, den Beitrag auf die Höhe eines Stundenlohnes zu bringen, versichern müssen nachzukommen.
Bei den Anträgen zur Tarifrenewierung ergab sich eine erfreuliche Übereinstimmung auf der Konferenz. Das Schwergewicht wurde auf die Abänderung des Prozentverhältnisses gelegt und der in Nr. 41 der „Soll“ veröffentlichte Beschluß angenommen. Der Verhandlungskommission, der die übrigen Anträge überwiesen wurden, gehört auch Kollege Glöck an.

In der Stein- und Buchdruckgewerbe drängen die Verhältnisse auf eine zentrale Regelung der Lohnfrage. Nicht nur viele Unternehmer sind jetzt dafür zu haben, sondern auch die Gehilfen helfen sich durch die fortwährenden Lohnbewegungen der Hilfsarbeiterchaft beunruhigt und fürchten für ihr Tarifverhältnis. Eine zentrale Regelung sei nicht ohne Vorteile, doch könne man abwarten, bis die Zeit dafür da ist.

Die Finanzierung der „wilden“ Bewegungen gab Anlaß zu einer energiegelben Debatte. Unser Antrag auf Niederlegung der Schulden wurde abgelehnt und eine Regelung angenommen, zu der wir erklären mußten, daß es uns ganz unmöglich sein wird, die festgesetzten Beträge aus Ortsmitteln aufzubringen.

Die Schaffung eines Industrieverbandes fand schon vor zwei Jahren unsere grundsätzliche Zustimmung. Während die Stein- und Buchdrucker und Lithographen ihre Zustimmung schon beschlossen haben, wollen Buchdrucker und Buchbinder eine

Urabstimmung darüber entscheiden lassen. Wir haben keine Veranlassung, Hals über Kopf in den Industrieverband hineinzuführen und überlassen die endgültige Entscheidung dem nächsten Verbandstag.

Beim Antrag: „Änderung der Delegiertenzahl zum Verbandstag“ wurden verschiedene Anträge gestellt, was schließlich dazu führte, daß alle Anträge zurückgezogen und die endgültige Regelung dem nächsten Verbandstag überlassen wurde.

Kollege Grohmann glaubte, daß die Berliner Mitgliedschaft mit dem Gesamtergebnis der Konferenz zufrieden sein kann.

Eine längere Aussprache schloß sich dem Bericht an. Kollege Wolter meinte, bei der zentralen Regelung in der Stein- und Buchdruckgewerbe sei außerordentliches Vorrecht notwendig, um nicht dieselben oder ähnliche Fehler zu machen, worunter wir im Buchdruck nun schon jahrelang zu leiden haben. Auch mit einer 75prozentigen Bewertung der Arbeitskraft unserer Anlegerinnen sei man ihnen noch nicht gerecht geworden. Mit der Erhöhung der Beiträge kann man einverstanden sein, wenn die Löhne dementsprechend sind, das sei aber bei uns nicht der Fall. In der Frage des Industrieverbandes wird die graphische Arbeiterchaft über die Bedenken der Gewerkschaftsführer hinweg zu einer Einigung kommen. Kollege Barthold ging auf die Verhandlungen der Schuldentommission mit dem H. ein. Leider habe die Münchener Konferenz anders entschieden, als nach dem Ergebnis zu erwarten war.

Die Kollegen Glöck und Schäfer ergänzten die Ausführungen Grohmanns insbesondere dahin, daß die Kollegschaft durch die beschlossene Urabstimmung über die Tarifrenewierung es in der Hand habe, einen maßgebenden Einfluß auf die künftige Tarifgestaltung auszuüben. Der Vorschlag, daß der H. und die übrigen Verbandsleiter nicht ihre Schuldigkeit getan haben, muß zurückgewiesen werden.

Kollege Hantenburg legte die finanzielle Lage der Berliner Zählstelle dar. Die Aufbringung der geforderten Beträge zur Schuldendeckung erscheinen zurzeit unmöglich; auch ohne dieses sei schon eine Erhöhung des Ortszuschlages notwendig, um die laufenden Ausgaben zu decken.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Grohmann wurde der Standpunkt der Berliner Delegierten gebilligt.
Zu einem am 22. Oktober in der Brauerei stattfindenden und von der Stein- und Buchdruckgewerbe veranstalteten „Heiteren Abend“ sind alle Mitglieder freudigst eingeladen.

Die Erhöhung der Mantelgelde für Druckereifassierer auf 1/2 Proz. wurde einstimmig beschlossen.

Seit Bestehen der Friedrichstadt-Druckerei entstanden wiederholt Differenzen zwischen der Organisation und der Geschäftsleitung. Auch jetzt stellte die Geschäftsleitung einen Hausdiener, ohne Rücksicht auf organisatorische und tarifliche Abmachungen und ohne den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen, als Rotationsarbeiter ein.

Die dort beschäftigten Kollegen erhoben Einspruch, wurden aber mit dem Bemerkten abgewiesen, daß sie sich als entlassene betrachten können, wenn sie mit dem Hausdiener nicht zusammenarbeiten wollen. Wiederholte Verständigungsversuche seitens der Kollegen und der Organisation scheiterten an dem Verhalten der Firma, ja daß die Kollegen mit wenigen Ausnahmen den Betrieb verließen, um die Beachtung der organisatorischen und tariflichen Abmachungen und die Benutzung des Arbeitsnachweises zu erreichen. Nun spielte sich etwas ab, was seit dem 27jährigen Bestehen der Hilfsarbeiterorganisation in Berlin noch nicht dagewesen war und jedenfalls das neue Mittel zur Einheitsfront des graphischen Hilfspersonals darstellen sollte. Einige in anderen Druckereien in fester Stellung befindliche Kollegen gaben ihre dortige Arbeit auf und fielen ihren streikenden Kollegen in den Rücken, indem sie in der „Roten Fabrik“ (Friedrichstadt-Druckerei) angingen. Aus ihren Erklärungen in der Vorstandssitzung ging hervor, daß sie aus pariororganisatorischen Gründen so gehandelt haben. Ortsvorsitzender und Funktionärversammlung hatten für diese Art „kommunistische Nothilfe“ kein Verständnis und beschlossen, folgende Personen wegen willkürlichen Streifens auszusprechen: Arthur Schwebel, Gebrüder Brähe, Willi Frank, Max Schulz, Max Schön, Fröh Fildner, Karl Wegner, Otto u. d. Heydt, Gratius, Binnow, Löffler, Kraußpaul, Hermann Staret und Alice Ruppert.

In der Aussprache versuchten zwei von den Ausschüssen, ihr Vorgehen zu verteidigen. Nur idealtypische Motive hätten sie dazu veranlaßt. Die Versammlung stimmte jedoch nach längerer Debatte dem Ausschluß mit großer Majorität zu. Kollege Glöck machte noch darauf aufmerksam, daß Arbeitsangebote des Betriebes der „Friedrichstadt-Druckerei“ nach wie vor abzulehnen sind, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Dresden. Die am 22. September 1922 gutbesuchte Mitgliederversammlung fand unter dem Zeichen des Sturms. Nach Bekanntgabe der neuen Zulage für Buch- und Stein- und Buchdruckereihilfspersonal durch Kollegen Herrmann empfand sich eine Distussion, die hervorgerufen wurde die besonders große Not der Arbeiterchaft im graphischen Gewerbe, alles das hervorbrachte, was dazu angetan schien, nach Meinung der Distussionsredner, die Anwesenheit zu einer Personenfrage zu machen. Nicht einzelne Personen sind verantwortlich dafür, sondern die sich täglich überschneidenden Verhältnisse im Wirtschaftskreis, die katastrophalen Auswirkungen unserer Geldverhältnisse, die Last der Erfüllungspolitik der Entente gegenüber und anderen mehr. Diese Tatsachen bringen es mit sich, daß Holzdruck durch die wirtschaftlichen Verhältnisse schon längst wieder überholt sind. In der Distussion vertiefte sich Kollege Barthel soweit, daß er die Behauptung aufstellte, die Angestellten würden energischer für höhere Zulagen wirken, wenn sie selbst mit diesen Zulagen zufrieden sein müßten. Einen billigen Beifall erlangte die Kollege in Giehrung. Diese demonstrierte an einem täglichen Gebrauchsgegenstand die wucherische Preissteigerung. Ihre Ausführungen klangen in dem Vornur aus, daß die Angestellten es nicht verstanden hätten, die Lohnverhältnisse mit den wirtschaftlichen in Einklang zu bringen. Weiterhin kritisierten die Kollegen Einverkauf, Mädel, Langrade und Verlich die Prozentfrage und gaben ihrer Verwunderung Ausdruck, daß es den Verbandsleiter noch nicht gelungen ist, diese zu besänftigen. In seinem Schlußwort stellte Kollege Herrmann die Ausführungen der Distussionsredner richtig. Er erkannte die wirtschaftliche Not unserer Kollegschaft an. Dieser Not könne aber nicht durch

berartig empfinden, aus einer gewissen Verärgerung stammend. In den Verhandlungen durchdringenden Neben abgehoben werden. Doch kann nur eine Arbeiterschaft, die einig in die Ziele, im Vertrauen zu ihrer Organisation ein Herz steht und zusammensteht im Kampfe gegen die schmerzhaften, einander bekämpfenden Verhältnisse, Zusammenbruch, Mühsal und moralische Wirtel, wenn es denen gelingt, die Arbeiterschaft an sich zu fesseln, die da glauben, durch unerschütterliche, unermüdeten Kampfes Willen die Verhältnisse meistern zu können.

Siehef nahm man Stellung zu der gestellten Ausdehnung für Klein- und Lichtdruckereibeschäftigten. Lediglich Herrmann bewirkte den Gang der Bewegung bis zu dem heutigen Tage. Das gestellte Ultimatum an die Prinzipale ist unbeantwortet geblieben. Die bis 4 Uhr nachmittags verlangte Antwort ist nicht eingegangen. Kurz vor Beginn der Versammlung ist noch versucht worden, telegraphisch die verantwortlichen Herren der Prinzipale zu einer Ausherrung zu veranlassen. Die Herren konnten nicht erreicht werden, weil „zufällig“ alle Herren nicht zuhause waren. Dadurch ist die Situation eine ernste geworden. Die Gefahr eines Streiks ist in allerhöchster Weise gefährlich. Kollege Herrmann überließ es den Verantwortlichen, weitere Maßnahmen zu bestimmen, die einer „Gemeinschaft“ einbeziehenden Vertrauenspersonensatzung zur weiteren Befähigung unterbreitet werden sollen. Die zahlreichen Diskussionsredner gaben ihrer Empörung über die ablehnende Antwort der Prinzipale Ausdruck. Einige Vertreter der Großbetriebe brachten zur Kenntnis, daß es ihnen unmöglich ist, ihre Mitgliebschaften noch länger mit Verhörungen hinzuhalten. Sie lehnten jede Verantwortung ab, wenn andererseits die Mitglieder die Arbeit ruhen lassen. Berücksichtigt man die ständige die örtliche Verantwortung für die Beschäftigungspolitik der Prinzipale verantwortlich. Keine Durchdringung der Lohnkommission als Hemmnis der ganzen Bewegung hin. Kollegen Höflicher, Schöner und Herrmann ermahnten zur Besonnenheit und Ruhe und ermöglichten durch ihre überzeugenden Ausführungen, daß erst die Vertrauenspersonensatzung beraten sollte und die Prinzipale keine Condraktionen unternehmen dürfen. Trotz dieses positiven Ergebnisses nahm der Beschluß kein Ende. Es bedurfte erst wiederholter Schlußanträge und der Bitte des Kollegen Herrmann, die Diskussion zu beenden, da er in einigen Stunden nach München abreisen mußte.

Unter Gewerkschaftlichem stellte Kollege Mierisch eine Anfrage bezüglich der stattfindenden Münchner Konferenz, die vom Kollegen Herrmann beantwortet wurde. Hierauf forderte Kollege Täuber auf, an der nächsten Sonntag stattfindenden Wenderpartie sich zahlreich zu beteiligen.

Rundschau

Neue Steuerungszulagen für Schriftgießerarbeiter und -arbeiterinnen treten ab 1. Oktober in Geltung. Für angelernte Arbeiter bis 21 Jahren wird eine Stundenzulage von 17,65 Mk. gezahlt, von 21 bis 24 Jahren 19,35 Mk. und über 24 Jahre 20,10 Mk. Bei den ungelerten Arbeitern sind vier Lohngruppen vorgesehen. Die Stundenzulage beträgt bei diesen Kollegen nach einjähriger Tätigkeit im Alter von 17-19 Jahren 15,20 Mk., von 19-21 Jahren 16,20 Mk., von 21 bis 24 Jahren 17,20 Mk. und über 24 Jahre 18,20 Mk. Die Zulage steigt also bei jeder Gruppe immer um 1 Mk.

Bei den Arbeiterinnen besteht in der Höhe der Zulage kein Unterschied. Sie erhalten nach mehr als einjähriger Tätigkeit durchweg eine Stundenzulage von 12,05 Mk.

Für **Affordarbeiter und -arbeiterinnen** ist ein Zuschlag von 2000 Proz. auf den tariflichen Affordberdienst zusätzlich einer festen Teuerungszulage (Grundgebühr) vereinbart. Die Grundgebühr beträgt für Affordarbeiter bis zu 21 Jahren pro Stunde 65 Pf., von 21 bis 24 Jahren 74,0 Pf. und über 24 Jahre 75,45 Pf. Affordarbeiterinnen erhalten eine Grundgebühr von 41,85 Pf.

Für die **Schriftgießerarbeiter und -arbeiterinnen** sind außerdem Familienzulagen tariflich festgelegt. Sie betragen 170,40 Pf. wöchentlich für die Ehefrau und 24 Pf. wöchentlich für jedes eheliche Kind unter 14 Jahren.

Die **neuen Löhne im Buchbindergewerbe** sind am 10. Oktober durch ein Abkommen mit den Unternehmern geregelt worden. Die Zulagen werden in zwei Raten ab 8. und 26. Oktober gezahlt. Für ledige Gehilfen nach dem vierten Gehilfenjahr beträgt in der ersten Ortsklasse die Stundenzulage 20 Pf. und 9,50 Pf. für verheiratete Gehilfen 20,50 Pf. und 10,50 Pf. Für geübte Arbeiterinnen im dritten Jahre ist die Zulage in derselben Ortsklasse auf 11,50 Pf. und 5,50 Pf. festgesetzt worden. Die Grundlöhne des Reichsaffordtarifs haben eine Erhöhung auf 2130 Proz. und 2380 Proz. erfahren. Das Abkommen gilt bis einschließlich 8. November.

Ablieferung der Steuermarken für 1922. Man schreibt uns: Nach den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 sind die verwendeten Einkommensteuermarken in Zukunft nicht mehr bei den Steuerbehörden, sondern bei den Finanzämtern abzuliefern.

Bei **Ablieferung der Steuermarken an die Steuerklassen** im Frühjahr d. J. war der Andrang trotz vermehrter Annahmestellen so groß, daß eine große Anzahl der Erscheinungen unrichtiger Sache umföhen und ihr Heil an einem andern Tage von neuem versuchen mußten. Um dieses in Zukunft bei Ablieferung der Steuermarken an die Finanzämter zu vermeiden, ist von einem Finanzamt angeregt worden, darauf hinzuwirken, daß die Arbeitgeber die Steuerbücher ihrer Arbeitnehmer durch Einschießelbetrieb dem zuständigen Finanzamt überreichen. Zuständig ist das Finanzamt, welches in dem Steuerbuch für 1923 bezeichnet wird, nicht wie im Steuerbuch für 1922. Falls Arbeitgeber die Ablieferung nicht übernehmen sollten, so empfiehlt es sich, daß diese auch die Arbeitnehmer die Steuerbücher durch Einschießelbetrieb dem Finanzamt überreichen.

Den **Steuerbüchern** wird ein faßiger Zettel beigelegt, der etwa folgenden Inhalt haben dürfte:

Ablieferung der Steuermarken für 1922.
Sofort der Arbeitgeber von dem Reche der Gesamtanlieferung aller geübten Steuermarken an das Finanzamt keinen Gebrauch macht, ist jeder Arbeitnehmer nach § 2 der Durchführungsbestimmungen zum Lohnsteuergesetz verpflichtet, sämtliche für ihn gefällten Steuermarken und sonstige in seinen Händen befindliche Ausweise über einbehaltenen Steuern öffentlicher Kassen usw. für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 während des Monats Januar 1923 an das aus seinem Steuerbuch für 1923 ersichtliche Finanzamt zu übergeben oder zu überreichen.

Um die Zeit und Böhrtkosten zu ersparen, kann jedem Arbeitnehmer nur bringend empfohlen werden, die Einkommensteuern mittels anliegenden Umschlags zu bewirken, und zwar auf dem Wege der eingeschriebenen Sendung. Das Finanzamt wird nach Eingang der Marken dem Steuerpflichtigen eine Quittung hierüber zuschicken.

Es ist besonders darauf zu achten, daß die Einkommensbogen und sonstigen Ausweise über den Steuerabzug die genauen Steuerermittelnde des Steuerbuches 1922 (Vor- und Zunahme, Stand und Wohnung des Arbeitnehmers, Gemeinde, Stadtbezirk sowie Nummer des Steuerbuches 1922) enthalten.

Wo der **Zucker** bleibt. Daß der Zucker knapp und teuer ist, liegt nicht nur an der beteiligten Industrie. Allein zum Bier wurden im Rechnungsjahr 1920 68 000 Zentner Zucker verbraucht, und allein im ersten Halbjahr 1921 44 446 Doppelzentner Zuckerstoffe. Dazu kommen noch die ungeheuren Mengen Zucker für die Süßware usw. Je weniger Alkohol der Proletariat zu sich nimmt, um so mehr Zucker gibt er seiner Familie.

Eine **Erhöhung der Verbandsbeiträge** nahmen fast sämtlich alle Organisationen vor. In einigen Gewerkschaften erhöhen sich die Beiträge automatisch nach dem Grundlohn; als Verbandsbeitrag ist ein Stundenlohn zu zahlen. Darum sind uns fast alle Verbände in der Beitragshöhe voraus. Nachstehende Zusammenstellung zeigt, daß die graphischen Hilfsarbeiter mit ihren Beiträgen an letzter Stelle marjieren:

Verband	Wochenbeitrag
Steinarbeiterverband	80 Mk.
Buchdruckerverband	65 "
Maschinen- und Seigerverband	80 "
Brauerei- und Mühlenarbeiterverband	80 "
Schuhmacherverband	80 "
Bekleidungsarbeiterverband	72-76 "
Bauarbeiterverband	100 "
Bedarbeiterverband	75 "
Holzarbeiterverband	100 "
Fabrikarbeiterverband	90 "
Borgellanarbeiterverband	105 "
Tabakarbeiterverband	100 "
Schornsteinfegerverband	100 "
Friseurgeschliffenverband	100 "
Zimmererverband	100 "
Legitarbeiterverband	90 "
Büchsenarbeiterverband	55 "
Hilfsarbeiterverband	42 "

80 bis 90 Proz. eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag zahlen die Mitglieder des Schiffszimmererverbandes, Dachdeckerverbandes, Glaserverbandes, Bäcker- und Konditorverbandes, Gärtner- und Gärtnerarbeiterverbandes und des Deutschen Postlerbundes.

Zu diesen Beiträgen treten natürlich noch die Ortsbeiträge, die vielfach bedeutend höher sind als bei uns.

Die **Errichtung einer Geschäftsstelle des Deutschen Buchdrucker-Bereins** in Berlin ist vom Hauptvorstand dieser Unternehmerorganisation im Buchdruckerbeide beschlossen. Der Geschäftsstelle soll die Bearbeitung sozialpolitischer Fragen, auch der lohnrechtlichen und wirtschaftspolitischen, ebenfalls der Verkehr mit den Behörden und Parlamenten übertragen werden. Leiter der Geschäftsstelle wird der Generaldirektor Dr. Wolff. Auch der Syndikus des Vereins und der Redakteur der „Zeitschrift“ werden nach Berlin überföhren.

In derselben Sitzung des Hauptvorstandes kam auch das Verhältnis des DBB. zu der Vereinigung der Provinzbuchdrucker zur Sprache, der zwei Vertreter bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen zugesprochen waren. Diese Zulage nahm der Hauptvorstand wieder zurück, da die Provinzvereinigung versucht, dem DBB. Mitglieder wegzufangen. In einer Zuschrift an die „Vereinigung“ ist es dieser überlassen worden, in einer ihr „geeigneten erscheinenden Weise mit der Gehilfenchaft einen Tarif abzuschließen“. Der Widerstand dieser Provinzdrucker gegen den Tarif und zeitweilige Bohnerhöhungen ist bekanntlich noch größer als bei den im DBB. organisierten Unternehmern des Buchdruckerwerbes. Und das will etwas bedeuten.

Neue Preiserschöngungen im Oktober. Die Teuerungswelle, die Mitte August mit einer Dollarföhlerung bis auf 2400 einsetzte, ist in der zweiten Hälfte des Monats September nur vorübergehend etwas zum Stillstand gekommen, als der Wert des Dollars wieder um 1000 auf 1200 bis 1400 zurückgegangen war. Dabei war ein Rückgang derjenigen Preise, die bereits sich einem höheren Dollarwert angehöht hatten, höchstens bei ganz wenigen Waren, die bereits das 400- bis 500fache des Friedenspreises erreichten, zu verzeichnen. Seitdem Ende September und Anfang Oktober einem vorübergehenden Stillstand der Devisen eine neue erhebliche Steigerung derselben folgte, setzte auch eine weitere Aufwärtsbewegung der Lebensrisse ein. Die Angleichung der Innenpreislage und damit des Innenwertes der Mark an ihren Weltwert beginnt sich fortzusetzen. Der Oktober wird vor allem drei Preiserschöngungen erleben, die auf das gesamte innere Preisniveau und damit auf den Gesamtstand der Einkommen und Kaufkraft zurückwirken werden: Eine wesentliche Steigerung des Brotpreises, der Kohle und eine nemenswerte Erhöhung der Eisenbahntarife. Angehts der durch die Weltmarktwirtschaft bedingten Steigerung des Preises für das Auslandsgeldreide ist die Reichsgeldreide bereits angewiesen worden, den Abgabepreis für ihr Geldreide entsprechend zu erhöhen. Außerdem plant das Reichsamt eine Verdrehung des Preises für das erste Drittel der Getreideumlage. Trotz des heftigsten Widerstandes, auf den diese Erhöhungen bei den sozialistischen Parteien stoßen, ist nach Lage der Dinge voraussichtlich mindestens mit einer Ver-

doppelung des Brotpreises zu rechnen. Schon ist auch von offizieller Stelle aus die entsprechende Anpassung der Gehälter und Löhne proklamiert worden. Dazu kommt die Erhöhung der Kohlenpreise rückwirkend ab 1. Oktober um 500 bis 1000 Mk. pro Tonne, die sich natürlich in sämtlichen Preisen der Industrie auswirken wird, ebenso in den Preisen für Licht und Heizung, so daß sich dadurch eine föhbare Mehrbelastung der einzelnen Haushaltungen eintreten muß. Schließlich wird die Reichseisenbahn gezunnen, durch die in den letzten Monaten eingetretenen Gehalts- und Lohnsteigerungen, vor allem aber durch die bereits auf das 400- und 500fache gesteigerten Materialpreise, am 15. Oktober die Gültertarife um 50 Proz. zu erhöhen, am 1. November die Personentarife um 100 Proz. und bereits sind schon für die folgenden Monate weitere Preissteigerungen in Aussicht genommen.

Ein **internationales Friedenskongreß** ist vom Internationalen Gewerkschaftsbund zum 10. Dezember nach dem Haag, Holland, einberufen worden. Dieser Demonstration der Arbeiter für den Weltfrieden wollen sich auch nach den Berichten der Tagespresse eine Reihe Friedensvereinigungen anschließen, die sich wegen Teilnahme an dem Kongreß an das Bureau des IGB. gewandt haben. Es sind daher auch Einladungen an namhafte internationale Friedensgesellschaften erfolgt, die die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Rom angenommene Entschöngung gegen Krieg und Militarismus aufheben. Neben den angeschlossen Organisationen und Berufssekretariaten sind aber auch der Amerikanische und Mexikanische Gewerkschaftsbund, der Japanische Gewerkschaftsbund, der Münchische Gewerkschaftsbund, die Landesgewerkschaftskommission in Reichsberg (Schweiz), die Zentrale des Rumänischen Landesgewerkschaftsrates sowie der Banatar Gewerkschaftsrat und der Zentralrat der russischen Gewerkschaften aufgefordert worden, Vertreter zu dem Kongreß zu entsenden.

Die **Geldknappheit** in Deutschland ist auf nie gewesener Höhe. Die Reichsdrucker ist nicht mehr in der Lage, allein den fälligen Bedarf an neuen Banknoten herzustellen. Die Reichsbank hat viele Riabdruckerien mit der Herstellung von Banknoten beauftragt. Durch den Markflurz ist die außerordentliche Geldknappheit entstanden, obwohl Leute, die nichts davon verstehen, uns Märchen erzählen und meinen, der kurzfristige Streik der graphischen Arbeiter in Berlin habe den Banknotenmangel verschuldet. Es wird angenommen, daß vom 1. Oktober ab täglich acht Milliarden in Neudruck hergestellt werden. Da die heutige Notenmenge 300 Milliarden überschreitet und dazu noch die Darlehensföhlerung kommen, deren Umlauf neuerdings auf 75 Milliarden festgesetzt worden ist, so würde man im Falle einer „Vollproduktion“ der Druckmaschinen gegen Weischnachten mit über Tausend Milliarden rechnen müssen. Nur ein Aufhören der Preissteigerung und die Erleichterung des Kreditmarktes kann dieser Lawine Einhalt tun.

Die **Urabstimmung über den Graphischen Bund** in der Schweiz hat die Annahme der vorgelagten Satzungen ergeben. Von 8427 Mitgliedern haben sich 6143 an der Abstimmung beteiligt, davon stimmten 5046 für und 697 gegen Annahme der Satzungen. Bei den Buchdruckern stimmten 2690 dafür, 417 dagegen; bei den Steindruckern 407 dafür, 221 dagegen; bei den Buchbindern 831 dafür, 11 dagegen; bei den Hilfsarbeitern 1118 dafür, 48 dagegen. Durch die Kartellierung der vier graphischen Verbände in der Schweiz ist auch dort der erste Schritt zur Schöngung des Industrieverbandes getan.

Die **Urabstimmung über den Industrieverband** haben bekanntlich die Buchdrucker und Buchbinder auf ihren Generaterversammlungen in Leipzig und Kassel beschlossen. Der Verbandsvorstand der Buchdrucker hat jetzt in lebereinstimmung mit den Geworftänden die Urabstimmung auf Mitte November festgelegt. Die Buchbinder werden wahrscheinlich bald folgen, während die Steindrucker durch einen auf ihrem Verbandstag weitergehenden Antrag von einer Urabstimmung absehen können, und wir erst unsern Verbandstag im nächsten Jahre entscheiden lassen werden.

Im **Glaserverband** hat über den Anschluß an den Bau-gewerkschaftsbund eine Urabstimmung stattgefunden. Mit 24 Stimmen von 4065 Mitgliedern 2434, mit Nein 278, unglücklich 9 Stimmen. Die Gesamtbeteiligung war 2721. Das Interesse an dem „Aufgehen“ war demnach nicht sehr groß. Der Uebertritt erfolgt am 1. Januar 1923.

Der **Täpferverband** tritt gleichfalls am 1. Januar 1923 zum Bau-gewerkschaftsbund über.

Die **Urabstimmung der Futarbeiter** über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband brachte nicht die vorgesehene Zweidrittelmehrheit. Die Verschmelzung ist daher abgelehnt. Von 29 091 Mitgliebschaften wurden 13 269 Stimmen abgegeben. Davon waren für die Verschmelzung 6992 und gegen die Verschmelzung 6155 Stimmen abgegeben worden. 1920 wurde ebenfalls in dieser Frage durch eine Urabstimmung entschieden. Damals beteiligten sich 50 Proz. der Mitgliebschaft, jetzt stimmten nur 46 Proz. der Mitgliebschaft ab. In den großen Zahlstellen war die Beteiligung weit unter dem Durchschnitt.

Anzeigen

Anlässlich meines 25. Stiftungsfestes sind uns zahlreiche Glückwünsche seitens der Kollegschaft Deutschlands und der Brudervereine zugegangen. U. a. vom Reichsrotkreuz, den Zahlstellen Frankfurt a. M., Karlsruhe, Würzburg, Waldkirch, den Stuttgarter Ortsvereinen der Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und Steindrucker u. a. m.

Wir danken allen für dieses freundliche Gedenken und für die herzlichen Beweise eines kollegialen Einvernehmens.

Die Zahlstelle Stuttgart.
H. A. Hugo Werner, Vorsitzender

Unserem lieben Kollegen Karl Döcke, in Va. Herder u. Co. nebst seiner Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Freiburg i. B.